

Der Bundestag möge beschließen:

1. **Gerechtigkeit:** Die Kinderarmut in Deutschland wird bis zur nächsten Bundestagswahl im Oktober 2013 halbiert und bis Mitte 2017 ganz abgebaut.
2. **Sozialer Rechtsstaat:** Es werden alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, damit die Gesundheit und die Bildung von Kindern und Jugendlichen nicht von der sozialen Herkunft bestimmt werden.
3. **Gleichheit:** Die bestehende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen wird – gemessen am Gini-Koeffizienten – bis Ende der nächsten Legislaturperiode halbiert.
4. **Kindeswohl:** Fachlich qualifizierte und mit politischer Macht ausgestattete Beauftragte sorgen für die Durchsetzung des Artikels 3(1) der UN-Kinderrechtskonvention in allen Bereichen.

Begründung:

Kinderarmut in einem reichen Land ist eine Folge ungerechter Verteilung. Ihre Folge ist systematische Benachteiligung und sie gefährdet das Wohl von Millionen von Kindern. Sie verletzt die wichtigsten Grundsätze des sozialen Rechtsstaates, nämlich die Verpflichtung zum Ausgleich sozialer Gegensätze und die Gewährleistung nicht bloß formaler Freiheiten, sondern die faktische Geltung und Durchsetzbarkeit der Grundrechte für alle. So lange in Deutschland der soziale Ort der Geburt, die soziale Herkunft über den Lebensweg bestimmen, ist es einem Feudalstaat näher als einer Demokratie.

Alle vorliegenden Daten belegen die systematische Benachteiligung von armen Kindern und Jugendlichen; insbesondere ihre gesundheitliche Entwicklung, ihre Bildungschancen und ihre Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe sind massiv eingeschränkt und gefährdet. Ihre Lebenschancen sind durchschnittlich um zehn Jahre geringer als von Kindern, die in sozial sicheren Verhältnissen aufwachsen. Alle staatlichen Maßnahmen, die die Kinderarmut vergrößern, müssen deshalb als eine systematische Form der Kindeswohlgefährdung gelten. Die UN-Kinderrechtskonvention, die der Durchsetzung des Wohls der Kinder auf gesellschaftlicher Ebene dient, findet bei staatlichen Maßnahmen keinerlei Beachtung.

Nicht nur die materielle Armut und die daraus resultierende systematische Benachteiligung gefährdet die Kinder, sondern der enorme und ständig steigende Gegensatz zwischen Arm und Reich, die wachsenden Unterschiede in der Gesellschaft bei Einkommen, Vermögen und gesellschaftlicher Teilhabe. Wenn Menschen die systematische Benachteiligung hoffnungslos macht und Perspektiven einer Veränderung verwehrt sind, sind Resignation und Aggression die Folge; eine bloß formale Demokratie schafft Ressentiments und Apathie. Gesellschaften mit mehr Gleichheit und Gerechtigkeit haben erwiesenermaßen geringere soziale Probleme.

Die Verwirklichung des Antrags ist realistisch und notwendig – denn nicht Banken sind systemrelevant, sondern Menschen. Die Rettungsmaßnahmen allein für die HRE haben aber viermal so viel an Finanzspritzen und Bürgschaften verschlungen wie eine Kinder-Grundsicherung kosten würde. Seit vielen Jahren sorgen Regierungen einseitig für Profite der Konzerne und Vermögenszuwächse der Reichen – zu Lasten der Mehrheit der Menschen mit geringem Einkommen, ohne Vermögen. Menschen brauchen Gerechtigkeit und Gleichheit.